



Stellungnahme zur Botschaft des Bundesrates

Luzern, 18. Juni 2010

Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“

VSPB enttäuscht über Botschaft des Bundesrates

Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung die ablehnende Botschaft zur Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ vorgelegt. Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB ist enttäuscht über die negative Haltung. Nun liegt es am National- und Ständerat, Gegensteuer zu geben.

In den letzten Jahren sind die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer markant gestiegen. Stress und Burnouts sind tägliche Begleiter in der Arbeitswelt. Diese Extrembelastung betrifft vor allem auch die schweizweit rund 16'000 Polizistinnen und Polizisten. „Täglich wird von uns mehr Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Opferbereitschaft verlangt. Mit einer Annahme der Initiative „6 Wochen Ferien für alle“ könnte der zunehmende Leistungsdruck erheblich abgefedert werden“, sagt Max Hofmann, Generalsekretär des VSPB und fügt hinzu: „Denn, anders als bei Überstunden, müssen Ferientage bezogen werden können.“

Bessere Ferienregelungen gefordert

Wegen dem chronischen Unterbestand der Korps und den sich mehrenden Zusatzaufgaben der Polizei, sammeln sich jährlich schweizweit über eine Million Überstunden an. Diese können aber in den seltensten Fällen bezogen werden. Und dabei ist gerade die Erholungszeit ein wichtiger Puzzestein, um in Stress-Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Deshalb hat der VSPB anlässlich der Delegiertenversammlung vom 10./11. Juni 2010 in Luzern mit der Resolution „Es reicht!“ deutlich signalisiert, dass eine Anpassung der Ferienregelungen dringend nötig ist.

Unterschriftensammlung unterstützt

„Unsere Mitglieder wollen wieder mehr Zeit mit ihren Familien verbringen können und die Initiative kann das ermöglichen“, betont Hofmann, dessen Verband sich an der Unterschriftensammlung von Travail.Suisse aktiv beteiligt hat.